öffentlicher Teil
Vorlagen-Nr.: 376/2015

Sitzungsvorlage

Beratungsfolge	Termin	TOP	Ergebnisse
Wahlausschuss	14.09.2015		

Verpflichtung der Beisitzer des Wahlausschusses (sofern erforderlich)

Anlg.: ./.

I	30						SD.Net

Beschlussentwurf:

entfällt

Begründung:

Nach § 2 (3) KWahlG besteht der Wahlausschuss aus dem Wahlleiter und vier, sechs, acht oder zehn Beisitzern.

Die Beisitzer und Stellvertreter des Wahlausschusses der Stadt Jülich wurden in der Sitzung des Rates am 25.06.2014 gewählt. In der Sitzung des Stadrates am 25.06.2015 wurde zudem eine Umbesetzung im Wahlausschuss beschlossen (siehe Vorlagen-Nr. 284/2015).

Nach § 6 Abs. 3 der KWahlO sind die Beisitzer des Wahlausschusses vom Vorsitzenden vor Beginn ihrer Tätigkeit auf eine unparteiische Wahrnehmung ihres Amtes sowie zur Verschwiegenheit über die ihnen bei ihrer amtlichen Tätigkeit bekanntgewordenen Tatsachen, insbesondere über alle dem Wahlgeheimnis unterliegenden Angelegenheiten, zu verpflichten. Die Verpflichtung erfolgt durch Handschlag.

Der Text der Verpflichtung lautet wie folgt:

„Nach § 6 Abs. 3 der KWahlO verpflichte ich Sie als Beisitzer des Wahlausschusses vor Beginn ihrer Tätigkeit auf eine unparteiische Wahrnehmung ihres Amtes sowie zur Verschwiegenheit über die ihnen bei ihrer amtlichen Tätigkeit bekanntgewordenen Tatsachen, insbesondere über alle dem Wahlgeheimnis unterliegenden Angelegenheiten.“

Es wird darauf hingewiesen, dass Bewerber für das Amt des Bürgermeisters nach § 2 Abs. 7 KWahlG nicht Mitglied des Wahlausschusses der Gemeinde sein dürfen.

Wirtschaftlichkeitsbetrachtung (für Ausgaben/Investitionen mit einer Wertgrenze ab 25.000 € brutto):
entfällt

1. Finanzielle Auswirkungen:	☐ ja	☒ nein
Gesamtkosten:	jährl. Folgekosten:	jährl. Einnahmen:
Haushaltsmittel stehen bereit:	☐ ja	☐ nein (siehe Beschlussentwurf)
bei Produktsachkonto:		
(unter Berücksichtigung der Vorbelastungen) noch verfügbar:		Erläuterungen zu Ziffer _____
2. Der Personalrat ist zu beteiligen:	☐ ja	☒ nein
☐ Mitbestimmung ☐ Mitwirkung	☐ Anhörung	
Der Personalrat hat zugestimmt:	☐ ja	☐ nein
Der Personalrat hat Bedenken erhoben:	☐ ja	☐ nein
3. Die Gleichstellungsbeauftragte ist zu beteiligen:	☐ ja	☒ nein
Sie hat dem Beschlussentwurf gemäß § 5 Abs. 5 GO NW widersprochen:	☐ ja	☐ nein